

Pressemitteilung

Ramsauer verramscht Interessen der eigenen Bevölkerung in Davos

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kreistage Lörrach und Waldshut sowie des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee sind entsetzt über die am 27. Jan. 2012 am Weltwirtschaftsforum in Davos von der Schweizer Bundesrätin Doris Leuthard und dem deutschen Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer unterzeichneten Absichtserklärung für einen Staatsvertrag über Flugbewegungen vom und zum Flughafen Zürich/Kloten über deutsches Staatsgebiet.

Abgesehen davon, dass in dieser Erklärung wiederum keinerlei konkrete Höchstzahl von zugestandenen Flugbewegungen über Süddeutschland genannt werden, besteht die tatsächliche Brisanz in der von Frau Bundesrätin Leuthard vor Fernsehkameras nur 'mündlich' geäußerten 'Bedingung einer deutschen Gegenleistung für mehr Flexibilität am Morgen und am Abend - welches u n a b d i n g b a r für eine Einigung sei' !

„Damit würde aber ein Tor für die für den Flughafen Zürich/Kloten wirtschaftlich sehr interessanten Nachtflüge (Übersee- und Frachtflüge mit sehr alten und lauten Flugzeugen) eröffnet. Aber gerade nachts würden dann z u s ä t z l i c h die Bürger in deren wohlverdienten Schlaf gestört. Wir warnen daher ausdrücklich vor einem Staatsvertrag, der ein striktes Nachtflugverbot in irgendeiner Weise aufweicht und weisen auch auf die zur Zeit an den Flughäfen Frankfurt und Berlin/Schönefeld erheblichen Proteste der dort betroffenen Bevölkerung hin“, erklärt Lüder Rosenhagen.

Leider enthält die Erklärung keinerlei konkrete Aussagen oder Bezugsgrößen zur Begrenzung der Zahl der Anflüge auf den Flughafen Zürich über deutschem Gebiet. Die Landesregierung Baden-Württemberg steht jedoch voll und ganz hinter der 'Stuttgarter Erklärung', wonach die Zahl der Anflüge auf maximal 80 000 pro Jahr beschränkt werden soll, soweit die Schweiz technisch nachweisen kann, dass diese Zahl notwendig ist.

„Wir fordern die Abgeordneten Dörflinger , Jung und Kauder, Mitunterzeichner der Stuttgarter Erklärung, auf, ihren Einfluss in der Partei sichtbar werden zu lassen und Minister Ramsauer deutlich zu machen, dass eine Abweichung von der Stuttgarter Erklärung auch in ihrer Bundestagsfraktion keine Mehrheit findet“, betont Ruth Cremer-Ricken.

Enttäuscht sind die Grünen, dass der Bundesverkehrsminister am Land und an der Region vorbei agiert hat. „Noch nicht mal das extra zur Einbindung von Land und Region geschaffene Gremium war eingebunden,“ kritisiert Heike Hauk.

Die Grünen fordern Minister Dr. Peter Ramsauer auf, die Landesregierung und die Region über die weiteren Gespräche und Verhandlungen mit der Schweiz zeitnah zu informieren. "Der angestrebte Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz muss dem Schutz der Menschen in Südbaden vor Fluglärm dienen und darf diesen nicht unter Hinweis auf mögliche Kapazitätsbedürfnisse des Flughafens Zürich verwässern", erklärt Heike Hauk.

Lüder Rosenhagen, Fraktionsvorsitzender im Regionalverband Hochrhein
Heike Hauk, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Regionalverband, Fraktionsvorsitzende
Kreistag Lörrach
Ruth Cremer-Ricken, Fraktionsvorsitzende Kreistag Waldshut